



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie



# Handlungsempfehlungen des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ zur Stärkung des Industriestandortes Deutschland und Europa

*November 2020*

## Impressum

### **Herausgeber**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
www.bmwi.de

### **Stand**

November 2020

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

### **Gestaltung**

PRpetuum GmbH, 80801 München

### **Bildnachweis**

Adobe Stock  
CROCOTHERY / S. 22  
Eugeny / Titel  
rookie72 / S. 15

BPA / Steffen Kugler / S. 4

iStock / NicoElNino / S. 27

Christian Kruppa / S. 5

FRANK RUMPENHORST / S. 6

### **Zentraler Bestellservice für Publikationen der Bundesregierung**

E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)

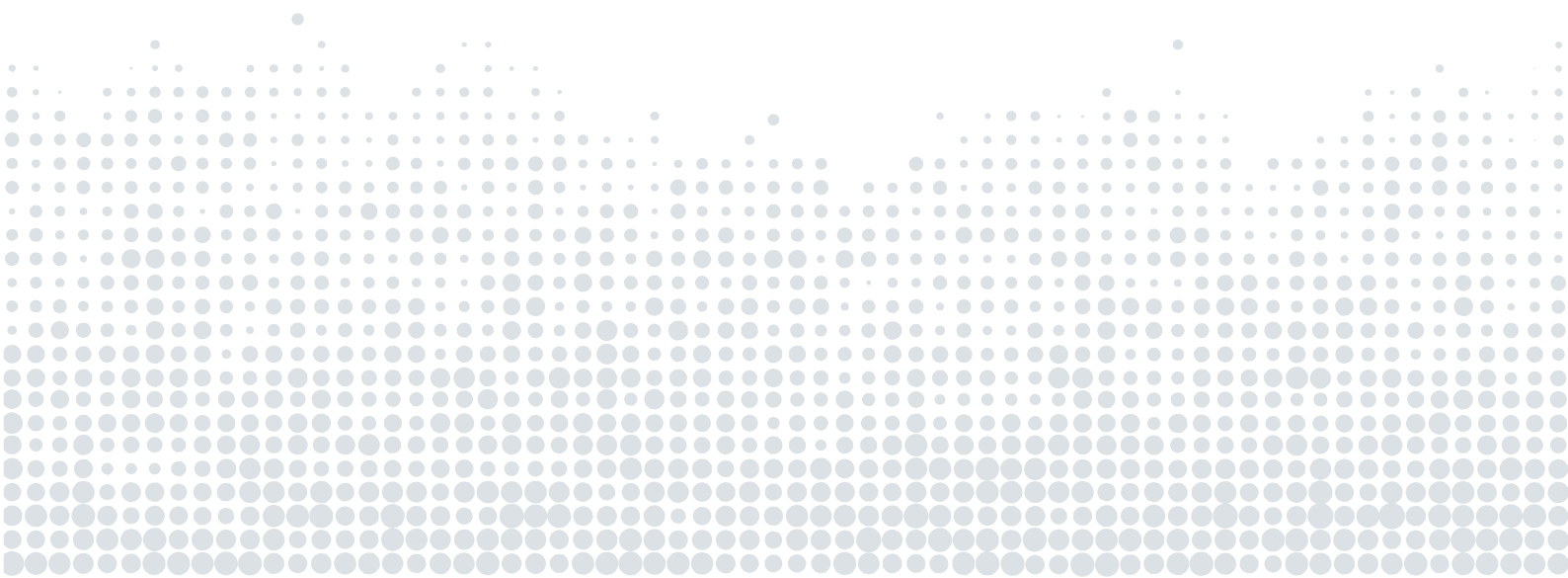
Telefon: 030 182722721

Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

# Inhalt

Vorwort Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier .....	4
Vorwort BDI-Präsident Dieter Kempf .....	5
Vorwort IG-Metall-Vorsitzender Jörg Hofmann .....	6
I. Executive Summary .....	7
II. Handlungsempfehlungen im Überblick .....	11
III. Handlungsempfehlungen im Detail .....	14
1. Deutsche Industriepolitik .....	15
2. Europäische Industriepolitik .....	22
3. Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz (Green Deal) .....	27
IV. Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ .....	32



# Vorwort

## Bundwirtschaftsminister Peter Altmaier



Sehr geehrte Damen und Herren,

die deutsche Wirtschaft steht vor einem tiefgreifenden Umbau, den es seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland so nicht gegeben hat.

Die Corona-Krise ist ein tiefer Einschnitt für große Teile der Industrie in Deutschland und Europa, in einer Zeit, in der sich die Industrie ohnehin in einem grundlegenden Strukturwandel befindet. Umso wichtiger ist es, gemeinsam für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und für eine

auch in Zukunft wettbewerbsfähige Industrie mit neuen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen einzutreten.

Für die Sicherung eines dauerhaften Wohlstandes und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes bietet der Strukturwandel Herausforderungen und gleichzeitig erhebliche Chancen, die wir gemeinsam gestalten müssen. Wir müssen den Weg bereiten für eine digitalere und resilientere Wirtschaft und dabei für Planungssicherheit sorgen: Deutschland hat mit der Sozialen Marktwirtschaft die besten Voraussetzungen für den Aufbau einer „Clean Industry“. Nur wenn wir Klimaschutz und Wirtschaft vereinbaren, werden wir den Weg zur Klimaneutralität gemeinsam gehen können.

Jetzt werden die Weichen gestellt, um unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft fit zu machen für die Zukunft. Mit dem Bündnis „Zukunft der Industrie“ nehmen wir diese Herausforderung an: Die Handlungsempfehlungen bündeln die gemeinsamen Positionen der Sozialpartner und des BMWi zu wichtigen Zukunftsfragen der Industrie.

Ich freue mich darauf, auch in Zukunft gemeinsam mit den 16 Mitgliedverbänden des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft einzutreten.

# Vorwort

## BDI-Präsident Dieter Kempf



Die Industrie steht vor der epochalen Herausforderung, die Megatrends der Digitalisierung und des Klimaschutzes parallel zu bewältigen. In diesem Jahr hat die COVID-19-Pandemie diesen Transformationsprozess erheblich erschwert, weil sowohl die personellen als auch die finanziellen Ressourcen der Unternehmen eingesetzt werden mussten, um die weltweite Krise zu überstehen. Viele unserer Unternehmen befinden sich immer noch stark im Griff der Corona-Krise. Die Unternehmen und ihre Beschäftigten sind willens und fähig, in den Aufbau- und Resilienz-Strategien eine Chance zu sehen, diese Transformation zu meistern und auch diese ökonomischen Umbrüche erfolgreich zu stem-

men. Die ökonomische Transformation gelingt allerdings nur im gesellschaftlichen Konsens: Der Erhalt von Industriearbeit, wertvollem Know-how und Unternehmergeist ist unverzichtbar – sowohl um dem Klimawandel durch moderne Technologie zu begegnen, als auch um weiterhin gute Lebens- und Arbeitsperspektiven zu bieten. Die Politik muss sich vor allem um eine kluge Ordnungspolitik – im besten Fall um ein weltweites Level Playing Field – bemühen, damit Fachlichkeit, Flexibilität und Fleiß im internationalen Wettbewerb zum Tragen kommen können.

Für den BDI und die Unternehmensseite im Bündnis „Zukunft der Industrie“ besitzt der Dialog mit dem Bundesministerium und den Gewerkschaften einen hohen Stellenwert. Dieser Dialog mündet in dieser Broschüre, die einen ermutigenden Impuls für einen gesellschaftlichen Konsens zu den industriepolitischen Notwendigkeiten in Deutschland und Europa setzt. Jetzt müssen allerdings konkrete Taten folgen. Wer die Corona-Krise mit einer stabilen Industrie bewältigen will, muss jetzt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nachhaltig stärken. In den letzten Monaten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und dieser Legislaturperiode kann noch vieles gerichtet werden, um Innovationen und Investitionen in den Unternehmen zu fördern und die wirtschaftliche Erholung und die Transformation Deutschlands und Europas zu beschleunigen.

# Vorwort

## IG-Metall-Vorsitzender Jörg Hofmann



Die deutsche Industrie steckt in der tiefsten Rezession unserer Nachkriegsgeschichte. Trotz weniger positiver Entwicklungen ist nicht zu erwarten, dass wir die schnell hinter uns lassen werden. Die Bewältigung dieser Herausforderung ist eine große Aufgabe. Sie wird noch herausfordernder durch die zeitgleiche Dynamisierung verschiedener Transformationsprozesse.

Wir stehen vor und in gewisser Weise mitten in Richtungsentscheidungen. Wie sichern wir industrielle Wertschöpfung in Deutschland und Europa? Wie entwickelt sich die Globalisierung? Welche Rolle hat Europa dabei? Wie können wir in dieser Situation die Transformation sozial, ökologisch und demokratisch gestalten?

Diese Fragen sind zentral in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte. Vor diesem Hintergrund, wie auch mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, ist es richtig, dass die am Bündnis „Zukunft der Industrie“ beteiligten Organisationen zusammen mit dem BMWi über 50 konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet haben und hiermit vorlegen. Diese gemeinsamen Empfehlungen von Verbänden, Wirtschaftsministerium und Gewerkschaften zu wichtigen Feldern der Industrie- und Klimapolitik stellen einen bemerkenswerten Beitrag zur Debatte um eine aktivierende Industriepolitik in Deutschland und Europa dar. Sie verdienen Beachtung und zielführende Umsetzung.

# I. Executive Summary



Die Corona-Krise ist ein tiefer Einschnitt für große Teile der Industrie in Deutschland und Europa, in einer Zeit, in der sich die Industrie ohnehin in einem tiefgreifenden Strukturwandel befindet. Nun kommt es darauf an, Investitionen, Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen, Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Dynamik in Europa langfristig zu stärken. Die Industrie ist zentrale Grundlage einer nachhaltigen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie zur Überwindung der Pandemiefolgen.

Je länger die Rezession andauert, desto größer ist die Gefahr, dass neben einem drohenden Arbeitsplatzabbau gerade die für Zukunftsfähigkeit so wichtigen Investitionen zurückgestellt oder möglicherweise ganz aus den Unternehmensplanungen herausgenommen werden. Um die Attraktivität der deutschen Wirtschaft für Investitionen mittel- und langfristig zu erhöhen, sieht das Bündnis „Zukunft der Industrie“ den Bedarf für weitere Maßnahmen mit langfristiger Wirkungsperspektive. Nur so können der Wohlstand und industrielle Arbeitsplätze in unserem Land langfristig erhalten, der ökologische Wandel unterstützt und das Ziel einer dauerhaften Beschäftigungssicherung erreicht werden. Die Corona-Krise hat die bestehenden strukturellen Defizite schonungslos aufgedeckt und den Handlungsbedarf für eine Stärkung der Investitionsbedingungen verdeutlicht. Maßnahmen zur Förderung von Technologien kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Technologien, die langfristige Wachstumszyklen generieren und in die Breite wirken, entscheiden mit darüber, ob wir Wohlstand und Beschäftigung sichern und ausbauen können. Aufgabe der Unternehmen ist es, sich dem Wettbewerb in diesen Technologiefeldern zu stellen.

Aus Sicht des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ sind daher insbesondere nachfolgende Punkte für eine zukunftsfähige Industrie in Deutschland und Europa zentral.

## Industriestandort stärken

### 1. Industrie in der Corona-Krise stärken

Nach den Erfahrungen in der Corona-Krise ist es aus Sicht des Bündnisses essenziell, dass für eine größere Resilienz der Produktion eine Diversifizierung der Lieferketten durch mehrere Lieferanten an unterschiedlichen Standorten ermöglicht werden sollte. So kann beim Ausfall von Lieferungen leichter auf alternative Anbieter ausgewichen werden. Gleichzeitig werden durch diversifizierte Lieferketten die europäischen Partner mit ihren Zulieferern für die deutsche Industrie und den Nachfragern nach deutschen Produkten sowie der europäischen Produktionsverbund im internationalen Wettbewerb gestärkt.

### 2. Akzeptanz der Industrie erhöhen

Das breit aufgestellte Bündnis „Zukunft der Industrie“ mit seinem Netzwerk aus 17 Partnern wird weiterhin aktiv dafür eintreten, die Akzeptanz für die Industrie und Game-Changer-Technologien in der Bevölkerung zu stärken.

Das Bündnis appelliert an die Unternehmen und relevanten industriepolitischen Akteure auf regionaler Ebene, das Gespräch mit den gesellschaftlichen Akteuren vor Ort zu führen, um über die Industrieproduktion in Deutschland zu informieren und damit gleichermaßen Akzeptanz und Interesse junger Menschen für eine attraktive berufliche Tätigkeit in der Industrie zu schaffen.

### 3. Fachkräfteoffensive voranbringen

Viele Unternehmen sind bereits von einem Mangel an Fachkräften betroffen. Aus Sicht des Bündnisses ist es entscheidend, hier aktiv gegenzusteuern, um mit einer starken Fachkräftebasis auch die zukünftigen



gen Anforderungen an die Industrie bewältigen zu können. Im gesamten Bildungsbereich fordert das Bündnis strukturelle Verbesserungen. Dazu gehört neben der Infrastruktur vor allem auch ein Ausbau der sozialen und digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer. Zudem kommt es darauf an, die Modernisierung dualer Ausbildungsberufe in der Zukunft noch konsequenter zu nutzen, um Veränderungen in der Berufspraxis nachzuvollziehen und die Ausbildungskapazitäten in den Unternehmen zu erhalten. Die Unternehmen müssen sich auf den demografischen Wandel sowie auf eine wachsende Fachkräfteknappheit einstellen und die Qualifizierung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisieren. Die derzeit verfügbaren Beratungs- und Förderangebote müssen auch in Zukunft gut zugänglich, am Praxisbedarf der Unternehmen und an der Lebensrealität der Beschäftigten ausgerichtet sein. Um geeignete Weiterbildungsmaßnahmen identifizieren und durchführen zu können, ist eine verlässliche Personalplanung in den Unternehmen anzustreben.

#### 4. Investitionen und Finanzierungsbedingungen weiter verbessern

Die degressive Abschreibung für Investitionsgüter, z. B. digitale Technologien und Klimainvestitionen, sollte dauerhaft eingeführt werden, um so gezielte Anreize für Investitionen in Zukunftstechnologien zu setzen. Dabei muss wirksam verhindert werden, dass Mitnahmeeffekte oder unerwünschte Folgewirkungen auftreten. Zudem spricht sich das Bündnis für weitere Verbesserungen bei der steuerlichen Verlustverrechnung in Krisensituationen aus, die die Betriebe in der aktuellen Lage erheblich stärken würden. Zudem sollte die Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter durch eine temporäre Anhebung der Grenze für eine Sofortabschreibung weiter verbessert werden. Nach Überwindung der coronabedingten Rezession besteht anhalten-

der Bedarf für eine Steigerung der öffentlichen Investitionen, um eine attraktive Infrastruktur dauerhaft zu sichern.

#### 5. Infrastruktur ausbauen und Verfahren beschleunigen

Das Bündnis fordert, die konsequente und schnelle Umsetzung der zentralen Verkehrsinfrastrukturvorhaben des Koalitionsvertrags und des Konjunktur- und Zukunftspaketes der Bundesregierung weiter voranzutreiben. Darüber hinaus hält es das Bündnis für notwendig, zügig die notwendigen Gesetzgebungsvorhaben voranzutreiben, die den flächendeckenden Ausbau der Gigabitnetze erleichtern und beschleunigen sowie die Anforderungen an die Sicherheit von ITK-Netzen festlegen. Insbesondere Projekte im gesamtstaatlichen Interesse und von überregionaler Bedeutung sollen z. B. auch durch Maßnahmengesetze beschleunigt werden.

#### Europas Industriestrategie weiterentwickeln

#### 6. Anspruchsvolle Zielsetzung für EU-Industriepolitik erarbeiten

Die EU-Industriestrategie sollte an einer anspruchsvollen Zielsetzung für die europäische Industrie ausgerichtet werden. Die industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung müssen aus der digitalen und ökologischen Transformation gestärkt hervorgehen. Die in der Strategie formulierten Ziele sollten zudem durch Indikatoren ergänzt werden, die ein Monitoring der industriellen Entwicklung in Europa im globalen Vergleich ermöglichen. Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der europäischen Industrie sollten auch durch eine Stärkung der wesentlichen Elemente des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells sichergestellt werden.

## 7. Perspektive der Beschäftigten in der EU-Industriestrategie verankern

Innovationen und Wertschöpfung entstehen in den Köpfen und durch die Hände der Beschäftigten. Eine europäische Industriestrategie kann nur Erfolg haben, wenn sie zum Ziel hat, das Potenzial von Beschäftigten durch gute Arbeitsplätze und -bedingungen, hohe Produktivität und Qualifizierung für den Erfolg der europäischen Industrie nutzbar zu machen. Ziel einer europäischen Industriestrategie sollte es daher auch sein, den finanziellen Rahmen der bestehenden ESF-Sozialpartnerrichtlinie zur Qualifizierung und Fachkräftesicherung auszuweiten.

## 8. Technologische Souveränität und ökologische Transformation stärken

Die EU sollte die technologische Souveränität und die „open strategic autonomy“ der europäischen Industrie stärken, bestehende Programme zu europäischen Wertschöpfungsnetzwerken verbessern und neue Fördermöglichkeiten vor allem für Transformationstechnologien im Klimaschutz und bei der Digitalisierung schaffen. Die notwendigen Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die zwei Schwerpunkte müssen im Mehrjährigen Finanzrahmen, in InvestEU und in der Strategie für nachhaltige Finanzierung in Programmen der europäischen Institutionen fest verankert werden.

## Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz miteinander verbinden

### 9. Green Recovery Plan vorlegen

Der European Green Deal muss Klimaschutz und Transformation zur zentralen Leitlinie in der europäischen Politik machen. Die Finanzierung von

Klimapolitik muss stärker ins Zentrum gerückt werden. Die Europäische Kommission soll deshalb in den nächsten Jahren den europäischen Regulierungsrahmen, v. a. auch im Kontext der EU-Beihilferegulungen, weiterentwickeln und an die neuen europäischen Klimaziele anpassen. Der Industriepolitik kommt in diesem Prozess die Aufgabe zu, die richtigen Weichen für den verstärkten Umstieg auf nachhaltige Technologien und Wertschöpfungsketten zu stellen. Dazu gehört die Förderung von Innovationen und Investitionen in Forschung ebenso wie die Entwicklung eines verlässlichen Marktrahmens für die Skalierung neuer Technologien. Die Maßnahmen im Zukunftspaket sind hierbei positiv zu bewerten, müssen aber rasch weiterentwickelt und ausgeweitet werden.

Mit der nationalen und der europäischen Wasserstoffstrategie werden wichtige Impulse gesetzt. Es muss sowohl Forschung und Entwicklung als auch Produktionsstandorte in Deutschland geben.

### 10. Ausbau erneuerbare Energien vorantreiben

Erneuerbare Energien sind die Basis für eine klimaneutrale Industrie. Eine nachhaltige industriepolitische Strategie muss für einen verlässlichen und zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und in Europa sorgen.

Die im Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung beschlossene Deckelung der EEG-Umlage war ein richtiger Schritt und angesichts der erwarteten coronabedingten Steigerung der EEG-Umlage im Jahr 2021 dringend geboten. Um die Sektorkopplung und klimafreundliche Geschäftsmodelle voranzutreiben, müssen weitere Schritte zu einer Reform der EEG-Umlage und der Abgaben und Umlagen auf Energiepreise zügig entwickelt und umgesetzt werden.

## II. Handlungsempfehlungen im Überblick



## I. Industriestandort stärken

	Empfehlung	Ziel	Wer?	Was?
1.	Akzeptanz der Industrie erhöhen	Akzeptanz für die Industrie und Game-Changer-Technologien in der Bevölkerung stärken.	Bündnis Unternehmen Industriepolitische Akteure auf reg. Ebene	Gespräch mit den gesellschaftlichen Akteuren vor Ort führen, um über die Industrieproduktion in Deutschland zu informieren. Akzeptanz und Interesse junger Menschen für eine Laufbahn in der Industrie schaffen.
2.	Industrie in der Corona-Krise stärken	Beim Ausfall von Lieferungen leichter auf alternative Anbieter ausweichen. Durch diversifizierte Lieferketten die europäischen Partner mit ihren Zulieferern für die deutsche Industrie und den Nachfragern nach deutschen Produkten sowie den europäischen Produktionsverbund im internationalen Wettbewerb stärken.	Unternehmen und öffentliche Auftraggeber	Aus den Erfahrungen in der Corona-Krise eine größere Resilienz der Produktion sicherstellen. Eine Diversifizierung der Lieferketten durch mehrere Lieferanten an unterschiedlichen Standorten ermöglichen.
3.	Fachkräfteoffensive voranbringen, duale Ausbildung stärken	Weiteren Mangel an Fachkräften verhindern, um mit einer starken Fachkräftebasis auch zukünftige Anforderungen zu bewältigen. Ausbildungskapazitäten in Unternehmen erhalten.	Gesamter Bildungsbereich Unternehmen Landesregierungen Berufsbildungsausschüsse	Strukturelle Verbesserungen im ges. Bildungsbereich: <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Infrastruktur</li> <li>■ Ausbau sozialer und digitaler Kompetenzen</li> <li>■ Verbesserung technischer und personeller digitaler Ausstattung der Berufsschulen, mehr Weiterbildung der Lehrkräfte, neue digitale Lernformen</li> <li>■ Modernisierung dualer Ausbildungsberufe konsequenter für Anpassungsqualifizierung nutzen</li> </ul>
4.	Investitionen und Finanzierungsbedingungen weiter verbessern	Gezielte Anreize für Investitionen in Technologien setzen.	Bundesregierung Parlament Parteien	Die degressive Abschreibung für Investitionsgüter, z. B. digitale Technologien und Klimainvestitionen, sollte dauerhaft eingeführt werden. Dabei wirksam verhindern, dass Mitnahmeeffekte oder unerwünschte Folgewirkungen auftreten. Weitere Verbesserungen bei der steuerlichen Verlustverrechnung in Krisensituationen. Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter durch temporäre Anhebung der Grenze für eine Sofortabschreibung weiter verbessern.
5.	Infrastruktur ausbauen und Verfahren beschleunigen	Dauerhaft attraktive Infrastruktur gewährleisten. Konsequente und schnelle Umsetzung der zentralen Verkehrsinfrastrukturvorhaben des Koalitionsvertrags und des Konjunktur- und Zukunftspaketes der Bundesregierung. Insbesondere Projekte im gesamtstaatlichen Interesse und von überregionaler Bedeutung z. B. auch durch Maßnahmengesetze beschleunigen.	Bundesregierung Parlament	Verstetigung der öffentlichen Investitionen auf hohem Niveau. Zügig die notwendigen Gesetzgebungsvorhaben vorantreiben. Den flächendeckenden Ausbau der Gigabitnetze erleichtern und beschleunigen sowie die Anforderungen an die Sicherheit von ITK-Netzen festlegen.

## II. Europas Industriestrategie weiterentwickeln

	Empfehlung	Ziel	Wer?	Was?
6.	Anspruchsvolle Zielsetzung für EU-Industriepolitik erarbeiten	Voraussetzungen schaffen, damit industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa aus der digitalen und ökologischen Transformation gestärkt hervorgehen. Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der europäischen Industrie durch Stärkung der wesentlichen Elemente des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells sicherstellen.	Europäische Institutionen	Die EU-Industriestrategie an einer anspruchsvollen Zielsetzung für die europäische Industrie ausrichten. Die in der Strategie formulierten Ziele durch Indikatoren ergänzen, die ein Monitoring der industriellen Entwicklung in Europa im globalen Vergleich ermöglichen.
7.	Beschäftigten-Perspektive in der EU-Industriestrategie	Das Potenzial von Beschäftigten durch gute Arbeitsplätze und -bedingungen, hohe Produktivität und Qualifizierung für den Erfolg der europäischen Industrie nutzbar machen. Das Potenzial der Industrie für die Verbesserung des Lebens der Menschen in Europa nutzbar machen.	Europäische Institutionen	Integration dieser Ziele in die europäische Industriestrategie.
8.	Technologische Souveränität und ökologische Transformation stärken	Die technologische Souveränität und „Open Strategic Autonomy“ der europäischen Industrie stärken. Die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und die Wertschöpfung sowie die Beschäftigung in innovativen Schlüsseltechnologien und in strategischen Wertschöpfungsketten stärken.	Europäische Institutionen	Bestehende Programme zu europäischen Wertschöpfungsnetzwerken verbessern und neue Fördermöglichkeiten vor allem für Transformationstechnologien im Klimaschutz und bei der Digitalisierung schaffen.

## III. Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz miteinander verbinden

	Empfehlung	Ziel	Wer?	Was?
9.	Green Recovery Plan vorlegen	Der European Green Deal muss Klimaschutz und Transformation zur zentralen Leitlinie in der europäischen Politik machen. Finanzierung von Klimapolitik stärker ins Zentrum rücken. Industriepolitik, die dazu die richtigen Weichen für den verstärkten Umstieg auf nachhaltige Technologien und Wertschöpfungsketten stellt. Hinsichtlich Wasserstofftechnologie sicherstellen, dass sowohl Forschung und Entwicklung als auch Produktionsstandorte in Deutschland entstehen.	Europäische Institutionen Bundesregierung	Den europäischen Regulierungsrahmen, v. a. auch im Kontext der EU-Beihilferegulungen, weiterentwickeln und an die neuen europäischen Klimaziele anpassen. Förderung von Innovationen und Investitionen in Forschung. Entwicklung eines verlässlichen Marktrahmens für die Skalierung neuer Technologien. Die Maßnahmen im Zukunftspaket rasch weiterentwickeln und ausweiten. Impulse der europäischen Wasserstoffstrategie umsetzen.
10.	Ausbau erneuerbare Energien vorantreiben	Nachhaltige industriepolitische Strategie für eine klimaneutrale Industrie auf Basis erneuerbarer Energien. Sektorkopplung und klimafreundliche Geschäftsmodelle vorantreiben.	Europäische Kommission Bundesregierung Bundestag	Für einen verlässlichen und zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und in Europa sorgen. Weitere Schritte zu einer Reform der EEG-Umlage und zu Abgaben und Umlagen auf Energiepreise zügig entwickeln und umsetzen.

# III. Handlungsempfehlungen im Detail



# 1. Deutsche Industriepolitik



*Um die Attraktivität der deutschen Wirtschaft für Investitionen mittel- und langfristig zu erhöhen, sieht das Bündnis „Zukunft der Industrie“ den Bedarf für weitere Maßnahmen mit langfristiger Wirkungsperspektive. Nur so können der Wohlstand und industrielle Arbeitsplätze in unserem Land langfristig erhalten und das Ziel einer dauerhaften Beschäftigungssicherung erreicht werden. Die Corona-Krise hat die bestehenden strukturellen Defizite schonungslos aufgedeckt und den Handlungsbedarf für eine Stärkung der Investitionsbedingungen im Querschnitt und branchenübergreifend verdeutlicht.*

Maßnahmen zur Förderung von Technologien kommt dabei eine zentrale Rolle zu: Technologien, die langfristige Wachstumszyklen generieren und die in die Breite wirken, zum Beispiel die Technologien rund um die Digitalisierung und die Industrie 4.0, die Künstliche Intelligenz, die Bio- und Nanotechnologien, die neuen Werkstoffe oder Wasserstofftechnologien, alternative Antriebe, wirken über nahezu alle Branchen hinweg in die gesamte Wirtschaft hinein und entscheiden mit darüber, ob wir Wohlstand und Beschäftigung sichern und ausbauen können.

## Handlungsempfehlungen

### 1. Industrie in der Corona-Krise stärken

Die Industrie hat in den vergangenen Monaten unter erschwerten Bedingungen die Produktion zunächst aufrechterhalten und in Teilen wieder hochgefahren. Die Corona-Krise hat dabei auch die Verbesserungspotenziale bei den industriellen Lieferketten offengelegt. Zudem zeigt die Krise das Problem auf, wenn Produkte wie Atemschutzmas-

ken oder Medikamente und Wirkstoffe nur noch in einer singulären Quelle außerhalb Europas hergestellt werden, dieser Warenstrom aber plötzlich unterbrochen wird.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Beim Wiederhochfahren der Produktion ist es essenziell, für eine größere Resilienz der Produktion eine Diversifizierung der Lieferketten durch mehrere Lieferanten an unterschiedlichen Standorten zu ermöglichen, damit beim Ausfall von Lieferungen leichter auf alternative Anbieter ausgewichen werden kann.
- Ebenso gilt es, die europäischen Partner mit ihren Zulieferern für die deutsche Industrie und den Nachfragern nach ihren Produkten und den europäischen Produktionsverbund im internationalen Wettbewerb zu stärken.
- Aktuell sind die Unternehmen gefordert, ihr Risikomanagement zu verbessern und die Resilienz der Lieferketten zu erhöhen.

## 2. Größere Akzeptanz der Industrie schaffen

Alle relevanten Akteure müssen gemeinsam daran arbeiten, das Bild der Industrie in der Bevölkerung zu verbessern und für eine positive Einstellung gegenüber neuen Technologien zu werben. Die Unternehmen bewerten laut einer aktuellen DIHK-Umfrage die Standortfaktoren „Image der Industrie“ sowie „Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien“ schlechter als noch vor drei Jahren. Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik müssen an einem Strang ziehen, um die Akzeptanz von Industrieproduktion, technologischem Fortschritt und Globalisierung in Deutschland zu verbessern.

Das breit aufgestellte Bündnis „Zukunft der Industrie“ mit seinem Netzwerk aus 17 Partnern wird deshalb weiterhin aktiv dafür eintreten, die Akzeptanz für die Industrie und Game-Changer-Technologien in der Bevölkerung zu stärken. Den regionalen Industriedialogen, die entwickelt und dort, wo vorhanden, verstetigt und intensiviert werden sollten, kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNG:

- Das Bündnis appelliert an die Unternehmen und relevanten industriepolitischen Akteure auf regionaler Ebene, das Gespräch mit den gesellschaftlichen Akteuren vor Ort zu führen, um über die Industrieproduktion in Deutschland zu informieren und damit gleichermaßen Akzeptanz und Interesse junger Menschen für eine berufliche Tätigkeit in der Industrie zu schaffen.

## 3. Investitions- und Finanzierungsbedingungen weiter verbessern

Investitionen sind das Fundament für Wachstum und Beschäftigung. Um die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland und Europa nachhaltig zu stärken, besteht anhaltender Bedarf für weitere Maßnahmen, die öffentlichen Investitionen zu steigern und private Investitionen mittel- und langfristiger noch attraktiver zu machen.



**UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:**

- Insbesondere sollte die Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter weiter verbessert werden: Spürbare Impulse für zusätzliche Investitionen würden durch eine temporäre Anhebung der Grenze für eine Sofortabschreibung für geringfügige Wirtschaftsgüter erfolgen.
- Sinnvoll wäre es zudem, die degressive Abschreibung für Investitionsgüter, z. B. digitale Technologien und Klimainvestitionen dauerhaft einzuführen, um so gezielte Anreize für Investitionen in Zukunftstechnologien zu setzen. Dabei muss wirksam verhindert werden, dass Mitnahmeeffekte oder unerwünschte Folgeeffekte auftreten. Zudem spricht sich das Bündnis für weitere Verbesserungen bei der steuerlichen Verlustverrechnung in Krisensituationen aus, die die Betriebe in der aktuellen Lage erheblich stärken würden.
- Auch nach Überwindung der coronabedingten Rezession ist eine Verstetigung der öffentlichen Investitionen auf hohem Niveau erforderlich. Nur so kann eine dauerhaft attraktive Infrastruktur gestärkt werden.

**4. Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur gewährleisten**

Eine moderne, effiziente und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine bedeutende Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand. Ausreichende Investitionen in die Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur sind grundlegende Voraussetzung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Deutschland.

**UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:**

- Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ fordert alle Akteure auf, die konsequente und schnelle Umsetzung der zentralen Infrastrukturvorhaben des Koalitionsvertrags weiter voranzutreiben. Dazu zählen etwa die Digitalisierung der Schiene durch Ausbau der europäischen Leit- und Sicherungstechnik und der elektronischen/digitalen Stellwerke, die flächendeckende Versorgung des Straßen- und Schienennetzes mit 5G-Technologie, der Aufbau der Verkehrstelematik für Binnenschifffahrtsinformationsdienste sowie der Aufbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität. Die Projekte des Vordringlichen Bedarfs des aktuellen Bundesverkehrswegeplans sollten zügig auf den Weg gebracht werden.
- Darüber hinaus ist eine rasche Umsetzung der von der Bundesregierung im Rahmen des Konjunktur- bzw. Zukunftspaketes beschlossenen Maßnahmen zur Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur erforderlich.

**5. Digitale Infrastrukturen/Industrie 4.0 ausbauen**

Die Digitalisierung ist in dieser Krisenzeit ein wichtiger Schlüssel, um die Arbeitsfähigkeit der Wirtschaft und öffentlicher Einrichtungen zu gewährleisten. Deutschland kann mit einem neuen Innovationsimpuls gestärkt aus der Corona-Krise herausgehen und die digitale Transformation von Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft enorm beschleunigen.

In der digitalen Arbeitswelt sind faire Regeln und gute Arbeitsbedingungen wichtig. Dies setzt eine konstruktive Zusammenarbeit der Bündnispartner und funktionierende Prozesse im Rahmen des deutschen Mitbestimmungsmodells voraus. Daneben sind der Datenschutz und die ausreichende Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten elementare Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche digitale Transformation der Arbeitswelt. Damit technische Innovationen auf die erforderliche Akzeptanz bei den Beschäftigten treffen, müssen sie auch zu sozialen Innovationen werden. Dazu müssen Arbeitszeitsouveränität und flexible Arbeitszeitarrangements Hand in Hand gehen.

Einige große ausländische/nicht europäische Plattformunternehmen haben zentrale strategische Positionen der digitalen Wirtschaft besetzt. Um digitale Resilienz und Souveränität zu gewährleisten, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir Europäer im internationalen Wettbewerb aufholen und uns dabei auf unsere eigenen Stärken besinnen. Mit GAIA-X geht die Bundesregierung einen wichtigen Schritt in Richtung größerer Souveränität.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNG:

- Angesichts der zentralen Bedeutung digitaler Netze in der Krise und darüber hinaus ist es erforderlich, zügig die notwendigen Gesetzgebungsvorhaben voranzutreiben, die den flächendeckenden Ausbau der Gigabitnetze erleichtern und beschleunigen, sowie die Anforderungen an die Sicherheit von ITK-Netzen festlegen. Es sollte ferner das Ziel sein, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für 5G zu entwickeln. Dies bedeutet, dass in Europa erforschte und entwickelte Innovationen auch verstärkt in Europa zur Marktreife gebracht werden.

## 6. Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und vereinfachen

Das Bündnis begrüßt die im Investitionsbeschleunigungsgesetz vorgesehenen Ziele zur Reduzierung der Gesamtdauer der Verwaltungsgerichtsverfahren, die vorgesehene Optimierung des Raumordnungsverfahrens sowie die vorgesehenen Erleichterungen für die Elektrifizierung von Schienenwegen oder auch den Ausbau der Windenergie an Land.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Insbesondere Projekte im gesamtstaatlichen Interesse und von überregionaler Bedeutung sollen z. B. auch durch Maßnahmengesetze beschleunigt werden. Die Entscheidung, ob ein Projekt im nationalen bzw. gesamtwirtschaftlichen Interesse liegt, sollte von Bund und Ländern anhand vereinbarter Kriterien (u. a. gesamtwirtschaftliche Bedeutung, überregional stimulierende Wirkung, Bedeutung für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft insgesamt) gemeinsam getroffen werden.
- Das Bündnis begrüßt in diesem Zusammenhang auch das im Konjunkturpakt erwähnte Anstoßen eines Programms auf EU-Ebene, welches u. a. die Beschleunigung von Planungsverfahren aufgreifen soll.

## 7. Wettbewerbsrecht anpassen

In einem Wettbewerb zu gleichen Bedingungen (Level Playing Field) haben Unternehmen am Standort Deutschland sehr gute Aussichten, erfolgreich zu wirtschaften. Daher müssen deutsches und europäisches Wettbewerbsrecht gleichzeitig zwei Ziele erfüllen: den Wettbewerb im Binnenwettbewerb fördern und gleichzeitig rechtliche Nachteile gegenüber Wettbewerbern aus Drittstaaten vermeiden.

Die Industrie braucht insbesondere mehr Rechtssicherheit bei technischen Kooperationen im vorwettbewerblichen Bereich, gerade in Bereichen der Digitalisierung und Industrie 4.0 oder beim automatisierten Fahren, alternativen Antrieben und Kraftstoffen.

### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Die kartellrechtlichen Grenzen bei technischen Kooperationen im vorwettbewerblichen Bereich sind zum Teil unscharf. Erforderlich sind verbesserte Kooperationsbedingungen und mehr Rechtssicherheit. Auch die Möglichkeit von Real-laboren oder „Regulatory Sandboxes“ sollte genutzt werden.
- Die Schaffung eines globalen Level Playing Fields und weltweiter fairer Wettbewerbsbedingungen ist für die Industrie von entscheidender Bedeutung. Die Staatengemeinschaft muss die Reformagenda der WTO weiterführen.

## 8. Fachkräfteoffensive voranbringen

Viele Unternehmen sind bereits von einem Mangel an Fachkräften betroffen. Entscheidend ist es, hier aktiv gegenzusteuern, um mit einer starken Fachkräftebasis auch die zukünftigen Anforderungen an die Industrie bewältigen zu können. Folgende strukturelle Voraussetzungen für eine Fachkräfteoffensive sind essenziell: Die schulische Bildung, die duale Ausbildung und die Weiterbildung der Beschäftigten.

### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Im gesamten Bildungsbereich fordert das Bündnis strukturelle Verbesserungen. Dazu gehört neben der Infrastruktur vor allem auch ein Ausbau der sozialen und digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer.
- Das Anforderungsprofil vieler Industriearbeitsplätze verändert sich rapide. Deshalb sollte die Modernisierung dualer Ausbildungsberufe in der Zukunft noch konsequenter genutzt werden. Basierend auf den Neuerungen in Ausbildungsberufen könnten aufbauende Qualifizierungsmaßnahmen für ein „Update für Fachkräfte“ entwickelt werden, die Beschäftigte und Unternehmen schon heute eine gute Orientierung geben.

## 9. Duale Ausbildung stärken und berufliche Weiterbildung unterstützen

Das System der dualen Berufsbildung ist international anerkannt für seine praxis- und arbeitsmarktnahe Ausbildung. Es hat in vergangenen Krisen einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland niedrig zu halten. Es hat gleichzeitig zur Sicherung eines ausreichenden Angebotes qualifizierter Fachkräfte beigetragen. Vor diesem Hintergrund kommt es heute und in den kommenden Jahren darauf an, Ausbildungskapazitäten in den Unternehmen zu erhalten. Nur so lässt sich dem weiterhin bestehenden Fachkräftemangel begegnen.

### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Eine zukunftsfähige und attraktive Ausbildung muss die Chancen der Digitalisierung nutzen. Berufsschulen müssen technisch und personell besser ausgestattet und Lehrkräfte entsprechend aus-, fort- und weitergebildet werden sowie neue digitale Lehr- und Lernformen und deren Verknüpfung mit analogen Methoden und praktischen Anwendungen im Zusammenspiel zwischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben entwickelt werden.
- Die Modernisierung und Weiterentwicklung der AEVO sollte genutzt werden, um neue Lehr- und Lernformen in ein didaktisches Konzept für Ausbilder/-innen einzubetten. Bereits bestehende Unterstützungsinstrumente zur Verbesserung der Mobilität und der Unterbringung von Auszubildenden sollten verstärkt genutzt und beworben sowie im Hinblick auf weiteren Verbesserungsbedarf kritisch überprüft werden.

- Auch die betriebliche Weiterbildung steht vor großen Herausforderungen. Die Unternehmen müssen sich auf den demografischen Wandel sowie auf eine wachsende Fachkräfteknappheit einstellen und die Qualifizierung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisieren. Die derzeit verfügbaren Beratungs- und Förderangebote müssen auch in Zukunft gut zugänglich, am Praxisbedarf der Unternehmen und an der Lebensrealität der Beschäftigten ausgerichtet sein.
- Um geeignete Weiterbildungsmaßnahmen identifizieren und durchführen zu können, ist eine verlässliche Personalplanung in den Unternehmen anzustreben. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ des Deutschen Bundestags müssen zeitnah mit den Akteuren der beruflichen Bildung diskutiert und konsensuale Maßnahmen schnell auf den Weg gebracht werden.

## 10. Forschungsförderung und Technologietransfer stärken

Forschung und Entwicklung bilden die Grundlagen einer erfolgreichen und zukunftsorientierten Industrie. Durch Innovationen können Wertschöpfung und Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ begrüßt und unterstützt deshalb das Ziel der Bundesregierung, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2025 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern und sieht insbesondere folgenden Handlungsbedarf:

Technologiepolitik als Teil einer modernen Industriepolitik sollte im Ergebnis zu einer modernisierten Produktion führen. Der Einstieg in die steuerliche Forschungsförderung und ihre krisenbedingte Ausweitung waren wichtig und richtig. Die Forschungsförderung hat in Ergänzung zur bewährten und sehr erfolgreichen Projektförderung dazu beigetragen, die F&E-Aktivitäten der deutschen Wirtschaft hierzulande abzusichern.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Innovationspolitik sollte technologieoffen ausgerichtet sein und den technologischen Fortschritt, die organisatorische Umsetzung in den Betrieben sowie den entstehenden Aus- und Weiterbildungsbedarf von Anfang an integriert einbeziehen.
- Um die zukünftige Weiterentwicklung nach den konkreten Bedarfen auszurichten, ist es geboten, das Instrument der steuerlichen Forschungsförderung nach seiner Wirkung und Zielerreichung zu evaluieren.
- Reallabore, d.h. zeitlich und räumlich begrenzte Experimentierräume zur Erprobung neuer Technologien und Geschäftsmodelle, verdienen mehr Aufmerksamkeit, da praxisnah ermöglicht wird, Innovationen und Regulierung im Zusammenspiel zu erproben.
- Entscheidendes Erfolgskriterium für den Technologie- und Forschungsstandort Deutschland ist die Akzeptanz der Bevölkerung für technologische Entwicklungen. Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ setzt sich im gesellschaftlichen Diskurs für eine ausgewogene „Chancen-Risiko-Betrachtung“ bei der Bewertung neuer Technologien ein.

## 2. Europäische Industriepolitik



*Die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie betreffen nahezu alle Wirtschaftsbereiche. Jetzt ist mehr denn je wichtig, Investitionen, Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen, Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Dynamik in Europa langfristig zu stärken.*

Die industrielle Wertschöpfung ist zentrales Element einer nachhaltigen Wachstumsstrategie zur Überwindung der Pandemiefolgen. Der European Green Deal, die wirtschaftliche Erholung (unter Berücksichtigung des Recovery-Plans der EU-KOM) und die Transformation der Wirtschaft können nur gemeinsam gedacht werden. Hierbei kommt der Industrie eine Schlüsselrolle zu.

Gute Rahmenbedingungen und erhebliche Fördermittel zur Sicherung und Erneuerung der industriellen Wertschöpfungsnetzwerke in der EU sind notwendig. Die EU-Industriestrategie darf nicht zur Abschottung der EU führen, sondern muss auch in schwierigen Zeiten das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell als Basis für Verhandlungen im multilateralen Handelssystem stärken. Sie muss die Industrie jedoch auch besser schützen und Marktzugänge sicherstellen.

## Handlungsempfehlungen

### 1. Anspruchsvolle Zielsetzung erarbeiten

Die industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung müssen aus der digitalen und ökologischen Transformation gestärkt hervorgehen.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Die EU-Industriestrategie sollte an einer anspruchsvollen Zielsetzung für die europäische Industrie ausgerichtet werden.
- Die in der Strategie formulierten Ziele sollten zudem durch ein Indikatoren-Set ergänzt werden, das ein Monitoring der industriellen Entwicklung in Europa im globalen Vergleich ermöglicht. Dieses Set sollte Indikatoren für die Entwicklung von Wirtschaft, Industrie und Arbeitsmarkt, einschließlich der Arbeitsbedingungen, enthalten und regelmäßig auf die Zielerreichung überprüft werden.
- Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der europäischen Industrie sollte auch durch eine Stärkung der wesentlichen Elemente des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells sichergestellt werden. Wertschöpfungsnetzwerke sind in diesem Zusammenhang auch auf Risiken durch Carbon Leakage zu prüfen.

### 2. Kopplung von wirtschaftlichem Wiederaufbau und nachhaltiger Industriestrategie notwendig

Die Strategie zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in der EU und die Industriestrategie müssen in Europa gut miteinander verbunden und ausreichend budgetiert werden. Die europäische Ebene sollte bei Unterstützungsmaßnahmen eng mit der nationalen Ebene zusammenwirken. Die nationale Umsetzung der einzelnen Politikfelder muss wiederum mit den EU-Initiativen in Einklang stehen.

Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Dekarbonisierung sind Bestandteil des Europas der Zukunft. Die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Digitalisierung in der Wirtschaft müssen verbessert werden. Die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz muss gefördert werden.

Chancen und Risiken der neuen Technologien müssen gleichermaßen adressiert werden. Vor allem bei Industrieanwendungen darf es nicht zu Überregulierung kommen. Rund um Datennutzung und Analyse ergeben sich viele neue Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Die industrierelevanten EU-Dossiers: „Europäischer Grüner Deal“, „Digitalisierung“, „Industriestrategie“, Kreislaufwirtschaft und „Nachhaltige Finanzierung“ sowie deren nationale Umsetzung müssen mit einem Recovery-Plan abgestimmt sein.

- Der Wiederaufbau, der Green Deal und die industrielle Strategie müssen angemessen budgetiert werden. Die hohen notwendigen Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die zwei Schwerpunkte müssen im Mehrjährigen Finanzrahmen, in InvestEU und in der Strategie für nachhaltige Finanzierung in Programmen der europäischen Institutionen fest verankert werden. Die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur und die privaten Investitionen in Digitalisierung und Nachhaltigkeit müssen in den nächsten Jahren erheblich gesteigert werden. Dazu müssen die haushaltspolitischen Weichen auch im Mehrjährigen Finanzrahmen gestellt werden.
- Es mangelt an einem Konzept für einen flächendeckenden Ausbau von 5G in der EU und einer konkreten Ausgestaltung der Sicherheit und der industriellen Anwendungen der Netze. Zudem muss ein 6G-Aktionsplan noch im Jahr 2020 erarbeitet werden, der die Bedarfe der Industrie frühzeitig einbezieht.
- Die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz muss unter Berücksichtigung unterschiedlicher Regulierungsanforderungen (Industrial AI/ Human Centric AI) gefördert werden.
- Die europäische Datenwirtschaft muss ausgebaut werden. Insbesondere der Datenschutz für Beschäftigte, Kunden sowie Unternehmen muss problembewusst angegangen werden. Der Aufbau eines Daten-Ökosystems, europäischer Datenräume und Cloudlösungen ist für die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Souveränität unerlässlich.

### 3. Industriestandort stärken, Binnenmarkt resilient und Welthandel fair gestalten

Die EU sollte durch Fortentwicklung des EU-Wirtschafts- und Sozialmodells die Resilienz und Attraktivität des Industriestandorts Europa erhöhen und dafür im internationalen Handelssystem werben. Die Rückkehr zu einem funktionierenden Binnenmarkt erfordert eine gute Koordination zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen. Unkoordinierte Grenzschießungen haben wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen.

Neben erheblichen Investitionen in innovative Schlüsseltechnologien, die Qualifikation von Beschäftigten und strategische Wertschöpfungsketten ist die Schaffung bzw. Beibehaltung guter Rahmenbedingungen eine grundlegende Voraussetzung für Investitionen und das Wiedererstarren der europäischen Industrie.

Internationale Standards sind der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Unsere Unternehmen brauchen ein globales Level Playing Field und fairen Wettbewerb. Die Chancen eines regelbasierten Handels sowie die zur Verfügung stehenden handelspolitischen Schutzinstrumente sollten zum Wohle der EU genutzt und, wo möglich und erforderlich, ausgebaut werden.



- Aufgrund der schnellen technologischen Entwicklungen sollte regulatorisch wieder mehr auf die Möglichkeiten des New Legislative Framework für Produktnormen zurückgegriffen werden. Die Rechtssicherheit in der Anwendung neuer Standards muss dabei viel schneller herbeigeführt werden.

#### 4. Die Perspektive der Beschäftigten ins Zentrum der europäischen Industriestrategie rücken

Innovationen und Wertschöpfung entstehen in den Köpfen und durch die Hände der Beschäftigten. Eine europäische Industriestrategie kann daher nur Erfolg haben, wenn sie zum Ziel hat, das Potenzial von Beschäftigten durch gute Arbeitsplätze und -bedingungen, hohe Produktivität und Qualifizierung für den Erfolg der europäischen Industrie nutzbar zu machen.

##### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Nicht nur technische, sondern auch soziale Innovationen, Ausbildung und Qualifizierung müssen im Rahmen einer europäischen Industriestrategie Berücksichtigung finden und mit entsprechenden europäischen Finanzinstrumenten stärker gefördert werden.
- Ziel einer europäischen Industriestrategie sollte es auch sein, den finanziellen Rahmen der bestehenden ESF-Sozialpartnerrichtlinie zur Qualifizierung und Fachkräftesicherung auszuweiten und damit einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung des Potenzials von Beschäftigten zu leisten.

#### 5. Technologische Souveränität und ökologische Transformation durch neue Programme stärken

Es sind über die nächsten Jahre erhebliche Investitionen in innovative Schlüsseltechnologien und in strategische Wertschöpfungsketten der privaten Unternehmen und der öffentlichen Hand erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und die Wertschöpfung sowie die Beschäftigung in Europa zu stärken.

##### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Die EU sollte die technologische Souveränität und die „Open Strategic Autonomy“ der europäischen Industrie stärken, bestehende Programme zu europäischen Wertschöpfungsnetzwerken verbessern und neue Fördermöglichkeiten vor allem für Transformationstechnologien im Klimaschutz und bei der Digitalisierung schaffen.
- Wichtige Projekte von Gemeinsamem Europäischem Interesse (IPCEIs) und die Förderung strategischer Wertschöpfungsnetzwerke müssen auf eine neue finanzielle Grundlage der EU gestellt, administrativ vereinfacht und in viel breiterem Umfang auf den Weg gebracht werden. Dazu sollte das neue Industrieforum als Plattform stärker genutzt werden. Auf die Empfehlungen des Strategischen Forums für IPCEIs sollte dabei zurückgegriffen werden. Industrie und Industriegewerkschaften müssen eingebunden werden.

- Die enge Verzahnung von neuen Förderwegen für die strategischen Wertschöpfungsnetzwerke mit den Strukturfonds und der Forschungs- und Innovationsförderung der EU und der Mitgliedstaaten, vor allem auch mit dem Horizon-Europe-Programm, ist notwendig, gerade auch unter dem Primat der Zielsetzung der „twin digital and green transition“. Eine erhöhte Krisenfestigkeit bestimmter Wertschöpfungsstrukturen stellt ebenfalls eine Zielsetzung dar, die auf diesem Weg erreicht werden kann.
- Klare Strategien für die Entwicklung industrieller Ökosysteme müssen entwickelt und umgesetzt werden. Die gilt insbesondere für diejenigen industriellen Ökosysteme, in denen starke klimapolitische Zielsetzungen sich derzeit noch an harten Kostenproblemen, beihilferechtlichen Verengungen und mangelnden Fördermitteln stoßen. Der Politik- und Rechtsrahmen für die industrielle Transformation muss sehr rasch geschaffen werden, damit die Investitionen geplant und getätigt werden können. Dazu werden auch neue Instrumente der Förderung und Regulierung (wie bspw. Contracts for Difference) eingesetzt werden müssen.

## 3. Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz (Green Deal)



*Die Debatte darüber, wie Lösungen zur Bewältigung der Corona-Krise und der Klimakrise miteinander verbunden werden können, nimmt – zu Recht – einen großen Raum ein. Es geht darum, wie wirtschaftlicher Wiederaufbau und die Transformation zur CO<sub>2</sub>-Neutralität in Deutschland und in Europa gleichzeitig gelingen können. Sowohl in der europäischen als auch in der deutschen Politik werden derzeit massive (finanzielle) Anstrengungen unternommen, um die jeweiligen Recovery-Maßnahmen mit den Anforderungen an eine grüne Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zusammenzubringen.*

Diese Anstrengungen müssen weiter ausgebaut und mit einer nachhaltigen, modernen Industriepolitik verknüpft werden. Wir unterstützen die Schwerpunktsetzung der EU-Kommission bei Klimaschutz und Digitalem. Wichtig ist, dass die EU-Kommission sich sowohl auf die Chancen des Green Deals fokussiert, als auch die Herausforderungen berücksichtigt, um gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, Innovationspotenziale zu heben und Klimaneutralität der EU bis 2050 zu erreichen.

Einer weiteren Reduzierung der THG-Emissionen kommt hierbei die zentrale Bedeutung zu. Aufgrund der Corona-Krise kann von einem starken Absinken der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2020 ausgegangen werden. So erwartet db research für Deutschland einen Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen von etwa zehn Prozent im Vergleich zu 2019. Ähnliche Entwicklungen werden für Europa erwartet. Agora Energiewende geht in einer ersten Abschätzung davon aus, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutsch-

land 2020 in einem mittleren Szenario um 42 Prozent gegenüber 1990 sinken werden.

Diese deutlichen kurzfristigen Emissionssenkungen sind überwiegend auf die Corona-Krise zurückzuführen, d. h. einen krisenbedingten Rückgang bzw. temporären Stillstand der Produktion, und nur zu einem kleineren Teil ein Erfolg der Klimapolitik. Mit der Bewältigung der Corona-Krise werden die Emissionen wieder ansteigen. Allerdings gehen Analysten davon aus, dass das CO<sub>2</sub>-Niveau von vor der Krise nicht wieder erreicht werden wird, wenn mit zunehmenden Investitionen in grüne Technologien die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter sinken. Doch diese Entwicklung muss in Deutschland und in Europa konsolidiert und beschleunigt werden, soll Europa bis 2050 zum weltweit ersten klimaneutralen Kontinent werden.

Der Industriepolitik kommt in diesem Prozess die Aufgabe zu, die richtigen Weichen für den verstärkten Umstieg auf nachhaltige Technologien und Wertschöpfungsketten zu stellen. Dazu gehören die Förderung von Innovationen und Investitionen in Forschung ebenso wie die Entwicklung eines verlässlichen Marktrahmens für die Skalierung neuer Technologien. Die Maßnahmen im Zukunftspaket sind hierbei positiv zu bewerten, müssen aber rasch weiterentwickelt und ausgeweitet werden.

Das Handlungskonzept Stahl und die Nationale Wasserstoffstrategie sind wichtige Ansätze, deren Maßnahmenkataloge und Prüfaufträge nun konkretisiert und zügig vorangebracht werden müssen.

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ wird, ebenso wie spezifische Branchendialoge, bei der Umsetzung der Maßnahmen unterstützen und spezifische Lösungen für die Transformation der Industrie entwickeln.

## Handlungsempfehlungen

### 1. Erneuerbare Energien sind die Basis für eine klimaneutrale Industrie

Sie werden in erheblichem Umfang für innovative Technologiefelder in allen Branchen gebraucht. Wissenschaftliche Szenarien (BDI, dena, ESYS) gehen von einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien aus, der bis 2050 benötigt wird. Das bedeutet, dass insgesamt netto etwa zehn Gigawatt pro Jahr neu zugebaut werden müssten. Vielfache planungsrechtliche Hemmnisse und – zumindest teilweise festzustellender – mangelnder politischer Rückhalt führen heute dazu, dass die Lücke zwischen notwendigem und tatsächlichem Ausbau der erneuerbaren Energien immer größer wird. Eine nachhaltige industriepolitische Strategie muss für einen verlässlichen und zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und in Europa sorgen.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Politik und Industrie müssen gemeinsam für mehr Akzeptanz für Maßnahmen zum Ausbau erneuerbarer Energien werben.
- Der Bund muss ehrgeizige Ausbaupläne vorgeben, die Länder sind in der Pflicht, ausreichend Flächen für den Ausbau der Erneuerbaren auszuweisen.
- Bund und Länder sind gefordert, zu praktikablen Regelungen im Natur- und Artenschutz zu kommen, die schnelle Genehmigungsverfahren ermöglichen.

## 2. Eine Senkung der EEG-Umlage und eine Reform des Systems der Abgaben und Umlagen auf Energiepreise fördern die Sektorkopplung und ermöglichen neue klimaneutrale Geschäftsmodelle

Die im Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung beschlossene Deckelung der EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh im Jahr 2021 und auf 6,0 ct/kWh im Jahr 2022 war ein richtiger Schritt und angesichts der erwarteten coronabedingten Steigerung der EEG-Umlage im Jahr 2021 dringend geboten. Allerdings wird dadurch zunächst lediglich eine Stabilisierung der EEG-Umlage erreicht, aber keine spürbare Absenkung, sodass die Strompreise in Deutschland weiter auf einem vergleichsweise hohen Niveau bleiben. Dabei ist aber auf mittlere Sicht zu berücksichtigen, dass die Einnahmen aus dem nationalen Emissionshandel zukünftig auch für die Senkung der EEG-Umlage eingesetzt werden sollen. Erneuerbare Energien werden in Zukunft die wichtigste Säule der Energieversorgung sein.

### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNG:

- Weitere Schritte zu einer Reform der EEG-Umlage und der Abgaben und Umlagen auf Energiepreise müssen zügig entwickelt und umgesetzt werden: Die zügige Weiterentwicklung des Finanzierungs- und Regulierungsrahmens für erneuerbare Energien und eine rasche Absenkung staatlich induzierter Kostenbestandteile ist dringend erforderlich. Der Ausbau der Erneuerbaren muss so kosteneffizient und marktnah wie möglich erfolgen und die noch notwendigen Förderkosten dürfen die Strompreise so wenig wie möglich belasten.

## 3. Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung – klimapolitisch wirksame Impulse im Verkehrsbereich

Das Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung hat klimapolitisch wirksame Nachfrageimpulse im Verkehrsbereich adressiert. Insbesondere durch die Flottenaustausch- und Modernisierungsprogramme bei Nutzfahrzeugen, Lkw und Bussen, im Bereich der Schifffahrt und bei Flugzeugen. Darüber hinaus müssen weitere Maßnahmen geprüft und anschließend zügig umgesetzt werden, um die industriepolitisch bedeutsame Branche der Automobilindustrie zu unterstützen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass insbesondere Teile der Zuliefererindustrie vor großen, zunehmend auch finanziellen Herausforderungen stehen und die Spielräume für die notwendigen Investitionen geringer geworden sind. Zusätzliche Impulse zur Überwindung des Nachfrageeinbruchs und zur langfristigen Stärkung des Wachstumspotenzials sind erforderlich und können darüber hinaus durch Einsatz von Mitteln aus der „Aufbau- und Resilienzfazilität“ ergänzt werden.

### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNG:

- Über das Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung hinausgehende und klimapolitisch wirksame Impulse im Verkehrsbereich müssen geprüft und anschließend zügig umgesetzt werden, um die industriepolitisch bedeutsame Branche der Automobilindustrie zu unterstützen.

## 4. Wichtige Impulse durch die nationale und europäische Wasserstoffstrategie

Mit der nationalen und der europäischen Wasserstoffstrategie werden wichtige Impulse gesetzt: Noch in diesem Jahrzehnt soll eine erste Versorgungs-

struktur mit grünem Wasserstoff aufgebaut werden. Wasserstoff wird als alternativer Energieträger nach der Direktelektrifizierung ein wesentlicher Baustein einer klimaneutralen Energieversorgung sein und ist zentrales Mittel zur Dekarbonisierung industrieller Prozesse, im Schwerlastverkehr sowie für den Schiffs- und Flugverkehr.

Ziel muss sowohl Forschung und Entwicklung als auch der Aufbau von Produktionsstandorten in Deutschland sein. Nach heutigem Stand wird dies aber nicht ausreichen, die Nachfrage nach grünem Wasserstoff zu decken.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Für den Aufbau eines Heimatmarktes für Wasserstoff muss in die gesamte Wertschöpfungskette der Wasserstoffherstellung und -verteilung investiert werden.
- Bei notwendigen Abkommen in der Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit zum Aufbau einer Wasserstoffindustrie in den Partnerländern sind faire Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards zu berücksichtigen.

### 5. Der European Green Deal muss Klimaschutz und Transformation zur zentralen Leitlinie in der europäischen Politik machen

Die heute getätigten Investitionen werden mittel- und langfristig die Produktionsstrukturen in Europa prägen und müssen deshalb das Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 unterstützen. Die Beschlüsse zum EU-Haushalt und dem EU-Recovery-Plan werden diesen Zielen noch nicht im genügenden Ausmaß gerecht.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Die Beschlüsse zum EU-Haushalt und dem EU-Recovery-Plan müssen angepasst werden, um Investitionen in die europäischen Produktionsstrukturen zu erreichen, die das Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 unterstützen.
- Die Finanzierung von Klimapolitik muss stärker ins Zentrum gerückt werden. Die EU-Kommission muss deshalb in den nächsten Jahren den europäischen Regulierungsrahmen, v. a. auch im Kontext der EU-Beihilferegelungen, weiterentwickeln und an die neuen europäischen Klimaziele anpassen.

### 6. Auch in Zukunft sind Maßnahmen zur besseren Verhinderung von Carbon Leakage – europäisch wie national – von zentraler Bedeutung

Ein höheres EU-Klimaziel 2030 bedeutet, dass für die Industrie auch in Zukunft Maßnahmen zur besseren Verhinderung von Carbon Leakage – europäisch wie national – von zentraler Bedeutung sind. Ein europäischer CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, der WTO-konform ausgestaltet werden müsste, wird aus heutiger Sicht allein nicht ausreichen und begegnet zudem großen Bedenken in Teilen der Industrie.

#### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Die bewährten Instrumente zur Wahrung eines Level Playing Fields, die kostenlose Zuteilung und die Strompreiskompensation müssen uneingeschränkt auch in Zukunft beibehalten werden. Neben dem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus sollten zudem auch andere WTO-kompatible Instrumente erwogen und geprüft werden.

- Weitere Instrumente sollten entwickelt und näher untersucht werden, die finanzielle Risiken grüner Investitionen absichern wie Contracts for Difference (CfD) oder auch Quoten für grünen Wasserstoff oder für CO<sub>2</sub>-arme Materialien im Produkt. Für die zuvor genannten Instrumente ist, nach erfolgreich abgeschlossener Prüfung, der notwendige gesetzliche Regulierungsrahmen zügig herzustellen.
- Die öffentliche Auftragsvergabe sollte innovative und klimafreundliche Produkte fördern und damit einen gewichtigen Beitrag zur Marktentwicklung leisten. Für diese Instrumente muss zügig der notwendige gesetzliche Regulierungsrahmen geschaffen und dort, wo er bereits vorliegt, auch konsequent angewendet werden.

## 7. „Klettermechanismus“: zugleich Herausforderung und Chance für die europäische Industrie

Mit dem in Paris vereinbarten sogenannten Klettermechanismus soll alle fünf Jahre durch erneuerte nationale Klimapläne die noch bestehende Lücke zwischen den Maßnahmen der Unterzeichnerstaaten und dem Pariser Klimaziel weiter geschlossen werden. Dies ist zugleich Herausforderung und Chance für die europäische Industrie, die einerseits in die Transformation ihrer eigenen Prozesse investieren muss und andererseits neue Märkte für Klimatechnologien mit innovativen Produkten beliefern kann. Ein gestärkter internationaler Prozess in der Klimapolitik und eine verstärkte und breitere globale CO<sub>2</sub>-Bepreisung verbessern auch die Voraussetzung für ein „Level Playing Field“ auf den internationalen Märkten. Davon können die europäische und besonders die deutsche Industrie mit ihrer hohen Exportorientierung profitieren.

### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNG:

- Die EU und die Mitgliedsstaaten müssen die internationale Klimapolitik stärken und dem stockenden Prozess neuen Schwung verleihen.

## 8. Klimaschutz erfordert Handeln auf globaler Ebene

Hierzu sollten Deutschland und die EU die Möglichkeiten für internationale Kooperationen durch Marktmechanismen unter Art. 6 des Pariser Klimaabkommens nutzen, dessen Umsetzung bei der kommenden Klimakonferenz COP 26 in Glasgow geregelt werden soll. Voraussetzung dafür sind Regeln, die Missbrauch verhindern, die Umweltintegrität und Klimaschutzwirkungen sicherstellen sowie Menschen- und Arbeitnehmerrechte im Einklang mit den „UN Guiding Principles on Business and Human Rights“ und der „UN Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work“ garantieren.

### UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNG:

- Deutschland und die EU sollten die Möglichkeiten für internationale Kooperationen durch Marktmechanismen unter Art. 6 des Pariser Klimaabkommens nutzen. Voraussetzung dafür sind Regeln, die Missbrauch verhindern, die Umweltintegrität und Klimaschutzwirkungen sicherstellen sowie Menschen- und Arbeitnehmerrechte garantieren.

# IV. Das Bündnis „Zukunft der Industrie“





Seit 2015 arbeiten im Bündnis „Zukunft der Industrie“ 17 Partner aus Gewerkschaften, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag sowie dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) zusammen. Gemeinsames Ziel ist es, den Industriestandort Deutschland zukunftsfähig zu gestalten, die Beschäftigung in der Industrie zu erhalten und weiterzuentwickeln, die Industrieakzeptanz zu steigern und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ setzt seine sozialpartnerschaftliche Struktur insbesondere für die Stärkung des Industriestandorts Deutschlands sowie für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen der Zukunft ein. Das Bündnis ist somit ein zentrales Dialoggremium für industriepolitische Fragestellungen.

Die Mitglieder der Leitungsrunde des Bündnisses sind:

#### Vorsitzende:

Dr. Winfried **Horstmann**, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Dr. Joachim **Lang**, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Wolfgang **Lemb**, Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)

#### Mitglieder:

Dieter **Babiel**, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. (HDB)

Dr. Ralf **Bartels**, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)

Thilo **Brodtmann**, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)

Dr. Wolfgang **Große Entrup**, Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)

Steffen **Kampeter**, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA)

Hans Jürgen **Kerkhoff**, Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl)

Martin **Mathes**, Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

Frederik **Moch**, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Dr. Kurt-Christian **Scheel**, Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA)

Dr. Johannes **Specht**, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)

Dr. Klaus-Peter **Stiller**, Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. (BAVC)

Dr. Volker **Treier**, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)

Dr. Wolfgang **Weber**, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)

Oliver **Zander**, Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

*Der DIHK macht sich Aussagen des Bündnisses zu Arbeitsrecht und Sozialpolitik nicht zu eigen, da diese Themen nicht zu seinen satzungsrechtlich definierten Aufgaben zählen.*

